Artikel vom 11.06.2024 · Ausgedruckt am 17.11.2026, 20:32 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/kritik-an-vorschlag-von-habeck-spd-will-lieferkettengesetz-nicht-aussetzen

Kritik an Vorschlag von Habeck: SPD will Lieferkettengesetz nicht aussetzen



Screenshot: www.BMZ.de

Wirtschaftsminister Habeck plant, das deutsche Lieferkettengesetz für zwei Jahre auszusetzen. Während Unternehmensvertreter applaudieren, zeigt sich SPD-Fraktionschef Mützenich von dem Vorstoß irritiert.

SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich lehnt den Vorschlag von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck ab, das deutsche Lieferkettengesetz auszusetzen. Der Minister habe mit entsprechenden Äußerungen "langjährigen Bemühungen um eine an Menschenrechten und fairen Löhnen orientierte und gegen Ausbeutung gerichtete Wirtschaftspolitik einen Bärendienst erwiesen", sagte Mützenich in einer Stellungnahme.

Der Grünen-Politiker Habeck hatte am Freitag angeregt, die deutsche Regelung auszusetzen oder abzuschwächen, bis die bereits beschlossene europäische Regelung wirksam werde. Damit griff er eine Forderung von Wirtschaftsverbänden auf, die vor Wettbewerbsnachteilen gewarnt hatten.

Habeck plädiert für pragmatisches Vorgehen

Hintergrund ist, dass das deutsche Lieferkettengesetz bereits in Kraft ist, eine vergleichbare EU-Richtlinie aber erst noch in nationales Recht übertragen werden muss. Die EU-Staaten haben dafür nun gut zwei Jahre Zeit. Ziel des EU-Lieferkettengesetzes ist es, Menschenrechte weltweit zu stärken. Große Unternehmen sollen zur Rechenschaft gezogen werden können, wenn sie von Menschenrechtsverletzungen wie Kinder- oder

Zwangsarbeit profitieren.

Einer der größten Unterschiede zwischen dem deutschen Gesetz und der EU-Richtlinie ist die Haftbarkeit. Im deutschen Gesetz ist ausgeschlossen, dass Unternehmen für Sorgfaltspflichtverletzungen haftbar sind - die EU-Regelung lässt das zu.

Habeck hatte seinen Vorschlag am Freitag auf dem Tag des Familienunternehmens gemacht. Er sagte anschließend der Nachrichtenagentur dpa, bei der Anpassung des Rechts solle man pragmatisch vorgehen. "Deshalb habe ich vorgeschlagen, das deutsche Lieferkettengesetz, solange bis das EU-Recht umgesetzt ist, zu pausieren beziehungsweise deutlich zu reduzieren. Der Schutz von Menschenrechten und Umweltstandards wird nur dann erfolgreich sein, wenn Vorgaben auch bei den Unternehmen Akzeptanz finden."

Quelle: www.tageschau.de

Hier finden Sie weitere Informationen inkl. Erklärvideo zum Lieferkettengesetz vom BMZ.